„Diktatur oder Freiheit!“

Fake News von anno dunnemals: Nach Kriegsende und Beginn der Sowjetherrschaft wandten sich ostdeutsche Sozialdemokraten gegen die neue Diktatur der Kommunisten. Mit einer nachgemachten Ausgabe der Sächsischen Zeitung gelang ihnen 1947 in Dresden ein genialer Coup. Mit schwerwiegenden Folgen für sie.

Von Bert Pampel

Vor 77 Jahren lag sie in Dresdner Briefkästen und Vorgärten: eine vierseitige Ausgabe der SZ, in der witzig und unverblümt Privilegien führender Parteifunktionäre, Ähnlichkeiten der neuen Ordnung mit der gerade überwundenen nationalsozialistischen Diktatur und Repressionen gegen Andersdenkende angeprangert wurden. Nur bei näherem und sehr genauem Hinsehen entpuppte sich die kaum vom Original unterscheidbare Ausgabe der SED-Parteizeitung als brillante Fälschung. Die Aktion war Ausdruck des Aufbäumens von Sozialdemokraten, die sich mit der Durchsetzung einer neuen, diesmal sowjetkommunistischen Diktatur nicht abfinden wollten.

Bereits der Leitartikel forderte die „Einsetzung einer wirklich demokratischen Regierung, die auf Grund freier Wahlen berufen wird“. Sein Autor mahnte die Leser: „Die Stunde kommt, wo man Euch erneut zur Rechenschaft zieht und jeden fragen wird: ‚Was hast Du für den Kampf gegen Diktatur, Terror, Willkür und Unterdrückung getan?‘“ Ein Beitrag unter der irreführenden Überschrift „Wettbewerb zur Erfüllung des Produktionsplanes“ imitierte Propagandaphrasen der herrschenden Partei, nahm deren Selbstlob und die Demontagen der sowjetischen Besatzungsmacht aufs Korn und kritisierte die teils erzwungene Fusion von SPD und KPD zur SED: „Das Ergebnis dieses Zusammenschlusses liegt nun vor uns allen. Einheitlich ausgerichtet muß gemeinsam marschiert werden.“ Unter der harmlos wirkenden Überschrift „Wirtschaftszahlen vom Meisenberg“ wurde der hohe Strom- und Gasverbrauch der im SED-Regierungsviertel am Waldschlösschen wohnenden Funktionäre mit der Not der Bevölkerung kontrastiert.

In der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen“ verkündete die „Geheim- und Zensurabteilung der Oberpostdirektion Dresden“ schließlich die Einrichtung neuer „Zensurstellen“, da sich die Bevölkerung erdreiste, „in leichtsinnigster Weise in Briefen nach dem Westen und nach Berlin über die hiesigen Zustände zu berichten“. Im Anzeigenteil wurden unter „Offene Stellen“ vom „Kreis- und Landesvorstand der SED“ „Dauerstellungen“ inseriert, „für Denunzianten zu besetzen, auch ehemalige Pgs. (ehemalige NSDAP-Mitglieder – B. P.) erwünscht“. Der Innenminister Kurt Fischer, „beauftragter Zauberkünstler“, verantwortete die Annonce „Lehrlinge finden beste Ausbildung im Verschwindenlassen von Personen jeglichen Alters, politischer Richtung und Geschlechts. Erfolg garantiert“. Und selbst der übliche Wasserstandsbericht fehlte nicht. Er vermeldete: „Kanal voll. Bestimmten SED-Kreisen wird das Wasser bald am Halse stehen.“

Die Idee zu dem gewagten Unternehmen entstammte einer von Werner Uhlig angeführten illegalen Gruppe von jugendlichen Sozialdemokraten in Dresden-Trachau. Als Kreisrat für Volksbildung und SED-Parteisekretär hatte Uhlig, seit 1931 SPD-Mitglied, Einblick in das Geschehen hinter den Kulissen. Zugleich stand er mit dem sogenannten Ostbüro der SPD in Hannover und Berlin in Verbindung. Dieses war 1946 auf Initiative des SPD-Vorsitzenden in Westdeutschland, Kurt Schumacher, ins Leben gerufen worden und fungierte zunächst als Anlaufstelle für Sozialdemokraten, die aus der sowjetischen Besatzungszone geflohen waren. Bald schon sammelte es Nachrichten über die dortige politische Lage und versorgte die im Osten verbliebenen Sozialdemokraten mit Büchern, Zeitungen und Flugblättern.



Sächsische Zeitung

Dresdner Ausgabe

ORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS · LAND SACHSEN

Verlag: Einsachsenverlag m. b. H. in Dresden NW Ortsruf: Sammel-Nr. 12345678, nur für Ferngespräche: 87654321. — Telegramme: KAHLAU Dresden. — Bankkonto: Sächsische Staatsbank Dresden, nicht auf das Konto von SED-Leuten — Postscheckkonto: das gleiche wie bei der Staatsbank — Die „Sächsische Zeitung“ erscheint, wie es die Arbeit der SED notwendig macht (nötigenfalls werktäglich). Bezugspreis: unbezahlbar.

Anzeigenannahme: In allen vier Zonen, durch unsere Gewährsleute. Anzeigenannahme in Dresden: Nur durch chiffrierte Aufgaben möglich, sowie auch in allen Anzeigenannahmestellen in- und außerhalb der östlichen Zone. — Anzeigenpreis: Für 1 mm des 6gespaltenen Anzeigenraumes der Dresdner Ausgabe 80 Rpf., für Kreisausgaben 40 Rpf. — Bei Zeitungsbestellungen und Aufträgen ist die Ausgabe zu nennen.

2. Jahrgang / Nr. 86 | Mittwoch, 14. Mai 1947 | Preis 15 Rpf.

Ein Jahr SED!

Innenminister Dr.-Ing e. h. Kurt Fischer schreibt uns:

„Erst zwölf Monate sind vergangen, seitdem sich die beiden Arbeiterparteien, zwei Flüssen gleich, zu einem mächtigen Strom, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, vereinigt haben. Ein Jahr der Bewährung und des Wachstums in die Breite und in die Tiefe. In diesem einen kurzen Jahr wurden in Sachsen in der Wirtschaft, in der Verwaltung und auf kulturellem Gebiet gewaltige Aufgaben gelöst. Der Volksentscheid zur Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern und ihre Überführung in den Besitz des Volkes; Gemeindewahlen, Kreistags- und Landtagswahlen; die Ausarbeitung der demokratischen Gemeinde- und der Kreisordnung; die Schaffung der Landesverfassung — das alles sind nur einige wenige Stichworte, die das ereignisvolle politische Leben des letzten Jahres auf dem Wege der Demokratisierung charakterisieren.

K. Fischer.

Wirtschaftszahlen vom Meisenberg

Monatelang mußte die Dresdner Bevölkerung ohne Gas und mit außerordentlich geringen Strommengen wirtschaften. Für unzählige Hausfrauen war es beinahe ein Ding der Unmöglichkeit, ihre Familien wenigstens einmal am Tage mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen, während die Wohnräume ohnedies oft Temperaturen dicht um Null Grad aufwiesen. Mühsam mit Bunkerlichten und knappen, schwer erkämpften Holzzuteilungen rettete man sich über den Winter, und allein in dieser Tatsache liegt eine ungeheure Leistung eines jeden einzelnen und ein Dokument des zähen Willens, sich nicht unterkriegen zu lassen. Wenn man, um der Vergangenheit nicht allzu untreu zu werden, daher des öfteren von historischen Momenten und kommenden Geschlechtern spricht, so kann man in diesem Zusammenhang nur sagen, daß sich unsere Enkel hoffentlich nicht mehr vorstellen können, mit welch unendlicher Mühsal sich ihre Großeltern mitten im zwanzigsten Jahrhundert eines angeblich fortgeschrittenen Europas durch die historischen Augenblicke ihres Daseins schleppten. — Indessen dort, wo das geschichtliche Colorit [illegible]

Angriff gegen den Privatbesitz gestartet

Ein Wort zum Dresdener gewollten Wiederaufbau

Der Begriff des Wiederaufbaues der sächsischen Hauptstadt ist nicht nur eine Notwendigkeit, er ist sogar ein Aushängeschild geworden. Dresdens seinerzeitigem ersten und jetzigem Oberbürgermeister, Walter Weidauer, ist es gelungen, aus dem anerkennenswerten Vorhaben eine beängstigende Propagandaaktion zu machen, die die praktischen Möglichkeiten durchaus übersteigt. Zunächst hatte er angenommen, die Residenz an der Elbe im alten Glanze neu erstehen zu lassen und sich mit dem Wunschbild des wieder erstandenen Dresden die Einsatzbereitschaft der Bevölkerung gefangen, indem er Karl Marx' Satz von der Idee der Massen, die zur materiellen Gewalt wird, glaubte für sich buchen zu können. Mit der Tarnkappe eines angenehmen Lokalpatriotismus und im Zeichen des Wiederaufbaues wurde alsbald der Angriff gegen den Privatbesitz gestartet. Wir sind im Grunde nicht dagegen, daß Werte, die für die Stadt von Bedeutung sind, auch von ihr verwaltet werden, wenn der Besitzerwechsel gerecht und einwandfrei vor sich geht. — Aber wir sind für radikale Offenheit und empfinden es als unwürdig, wenn man der Bevölkerung mit Hilfe einer Gaststätten GmbH. oder auch einem Grundstücksgesetz etwas vorschwindeln will, wo jedes Satzzeichen von der gelungenen Verstaatlichung und von dem neuen Monopol spricht. Wir wenden uns nicht im Prinzip gegen die Tatsache, daß die Dresdner ihre Heimatstadt wieder aufbauen wollen, sondern erinnern nur noch einmal daran, daß sich die Politik der SED auch diesen Willen zunutze macht, um auf breiter Basis ihre Maßnahmen voranzutragen, daß man vielfach bemüht ist, Sand in die Augen der Zuschauer zu streuen, anstatt sie mit den Unmöglichkeiten gewisser Planungen vertraut zu machen. —

So äußerte Walter Weidauer beispielsweise in einer Stadtverordnetensitzung, da die Frage der berühmten Gaststätten GmbH. auf der Tagesordnung stand: Haben sie sich übrigens einmal deren Direktor angesehen? — Bitte holen sie es nach, in ihm können sie den Typ des neuen Einheitsdemokraten begrüßen! —, daß die privaten Unternehmen in der kritischen Zeit versagt hätten und daß die Gaststätten GmbH. gewissermaßen als Retter des Dresdner Renommees aufgetreten sei. Das ist ein Irrtum, Herr Weidauer, und wir machen uns keineswegs zum Sprecher der LDP, wenn wir dem entgegenhalten, daß die privaten Unternehmen bei weitem nicht die Möglichkeiten eines städtischen Betriebes hatten und auch noch haben. denken sie nur an die landeseigene Industrie!

Und dann brachte Oberbürgermeister Weidauer einen Antrag für ein Gesetz zur Regelung des Grundstücksverkehrs im Landtag ein. Schon lange vordem hatte man sich gesagt, daß es unmöglich sei, bei Befriedigung aller bestehender Besitzansprüche eine städtebauliche Neuplanung durchzuführen. Eine völlige Annullierung jeglichen Besitzes konnte jedoch nicht gewagt werden, und so wurde eine Art neuen Verkehrs mit Grundstücken gesetzlich entwickelt. Darin hat der Staat in jedem Falle das Vorkaufsrecht und weitgehende Einspruchsmöglichkeiten zu allen Grundstücks-Angelegenheiten, die durchaus zu der Feststellung berechtigen, daß es sich hier um einen bedeutenden Schritt vorwärts auf dem Wege der Verstaatlichung handelt, ja daß es ein Schritt ist, den man seinem Wesen nach gar nicht ablehnen würde, trüge er nicht schon wieder in vielen Dingen die unausgesprochene Absicht zur Schau, den Grundbesitz von hinten her zu überrumpeln. — Vor allem aber kann man nunmehr jegliche private Initiative unter dem Motto der Bekämpfung kapitalistischer Ruinenspekulation unauffällig verhindern. Denn seinerzeit mußte sogar noch die Landesregierung feststellen, daß die Stadt im Unrecht war, als sie den Arnoldschen Gebäudeankauf in der Prager Straße bekämpfte.

Ein Kernstück der Wiederaufbauprobleme ist auch die Frage der Finanzierung. — Am 1. Dezember 1946, da der Dresdner Aufbaubürgermeister wieder eine seiner Ansprachen zu dem ihm eigenen Lieblingsthema hielt, betonte er wörtlich: Die Finanzierung bereitet uns die wenigsten Sorgen, zumindesten heute. — Es ist wohl sehr fraglich, ob diese Behauptung auch jetzt noch aufrecht erhalten werden

(Fortsetzung Seite [illegible] links unten)

Diktatur oder Freiheit!

Von Wilhelm Spartanus

Als Hitler 1933 an die Macht kam und seine Bataillone durch das Brandenburger Tor die Wilhelmstraße entlang an der Reichskanzlei vorüberzogen, ging ein Staunen über die Wucht dieses Geschehens durch die ganze Welt.

Es mag viele gegeben haben, denen seinerzeit ein düsteres Ahnen das Herz zusammenzog. Warner gab es wohl, aber ihre Stimmen gingen in dem brausenden Taumel, der das deutsche Volk erfaßt hatte, ungehört unter. Unbequeme Widersacher wurden kurzerhand festgesetzt und somit die „Voraussetzungen für eine diktatorische Macht geschaffen, die am Ende des 2. Weltkrieges einen Zusammenbruch sondergleichen erleben mußte. Zwangsläufig, wie es die Geschichte bisher immer lehrte, war der erneute Versuch einer Diktatur und der Beherrschung nicht nur eines Volkes, sondern auch eroberter und besetzter Länder, in sich zusammengebrochen. Grauenvoll sind die Folgen für das Volk, das diese Absichten unterstützt und das Erwachen ist und wird stets fürchterlich sein.

Es sollte nun angenommen werden, daß die Lehren der vergangenen Jahre, die für die Hauptschuldigen am Galgen endeten, Warnung genug sein müßte, um alle erneuten Versuche zur Errichtung einer Diktatur in anderer Form, von vornherein auszuschließen. Anfangserfolge, ob groß oder klein, verleiden die menschliche Schwäche, beherrschen zu wollen und einer augenblicklichen Konjunktur zu folgen, um somit Nutznießer dieser Gewaltherrschaft zu werden.

Die Terrormaßnahmen eines Hitlers waren der Ausdruck seiner inneren Schwäche, die nach Anfangserfolgen in wirtschaftlicher und später auch in militärischer Hinsicht, den Keim des Unterganges in sich trugen. Wie kann eine Diktatur, deren Propaganda-Apparat das eigene Volk wohl zu umnebeln imstande ist, annehmen, daß die übrige Welt, die nicht hermetisch durch einen eisernen Vorhang abgeschlossen ist, ihren Ideologien und Phrasen folgt. Wehe dem Volk, das sich nicht rechtzeitig aufrafft und selbst unter Blutopfern den Ursupator beseitigt, dessen politische Zielsetzung nur in Welteroberungsplänen bestehen kann. Sein Endziel ist stets der Krieg; zwangsläufig durch die Aufoktrierung fremden Gedankengutes ohne Berücksichtigung der Inter-

Mit dieser gefälschten Sächsischen Zeitung protestierten junge Dresdner gegen die neue Sowjet-Diktatur. Fotos (2): StSG

Zur Trachauer Gruppe gehörte auch der 19-jährige technische Zeichner Karl Heinz Quade, seit August 1945 SPD-Mitglied. Er verteilte an Haltestellen, in Arztpraxen und anderswo selbst gefertigte Collagen, in denen er Artikeln aus der SED-Presse Beiträge zum gleichen Thema aus Westberliner Zeitungen gegenüberstellte. Später klebte er Flugzettel, holte für das Ostbüro Erkundigungen über in den Westen geflohene tatsächliche oder vermeintliche Sozialdemokraten ein, berichtete SED-Interna, organisierte gefälschte Papiere und beherbergte Kuriere des Ostbüros.



Karl Heinz Quade schrieb an der gefälschten SZ-Ausgabe mit und verteilte sie. Er wurde gefasst, zu 25 Jahren „Besserungslager“ verurteilt und landete im sibirischen Gulag Workuta.

Diesen galt er als sehr zuverlässig, allerdings auch etwas zu unbekümmert und abenteuerlustig. In der gefakten SZ-Ausgabe schrieb er, die Jugend wolle doch „lieber die ungeschminkte Wahrheit hören, als ständig die süßsauren Lügenberichte der SED vor Augen zu haben, in denen alles Andersdenkende als reaktionär verschrien wird.“ Zusammen mit seinem Vater war er an der Verteilung der insgesamt 10.000 Exemplare der Zeitung, die bei der SPD-nahen Zeitung Telegraph in Westberlin gedruckt worden waren, beteiligt.

Die in der imitierten SZ enthaltenen Insiderinformationen stammten darüber hinaus auch von der 25-jährigen Radebeuler Sozialdemokratin Elfriede Matschk. Sie war Geschäftsführerin der Kreistagskanzlei und unterhielt ebenfalls Verbindungen zum sozialdemokratischen Untergrund in Dresden und zum Ostbüro.

Auch wenn die sowjetische Staatssicherheit und ihre deutschen Handlager die Täter nicht auf frischer Tat stellen konnten, zogen sie den Ring um die „Schumacher-Agenten“ und „Einheitsgegner“ immer enger. Der 41-jährige Arno Wend, ihr Anführer mit dem begnadeten Redetalent, der ebenfalls einige Beiträge zur SZ-Fälschung beigesteuert hatte, wurde im Juli 1948 unter dem Vorwand angeblicher Schwarzschlachtungen festgenommen. Immer mehr widerständige Sozialdemokraten, aber auch Mitglieder der christdemokratischen und der liberalen Opposition, wurden verhaftet.

Am 20. Oktober 1948 wurde auch Quade verhaftet. Obwohl man beim Ostbüro seit dem 5. November von seiner Festnahme wusste, wurde Elfriede Matschk nicht vor der drohenden Gefahr gewarnt. Am 22. November nahmen zwei Männer in schwarzen Lederjacken sie am helllichten Tag vor dem Dresdner Hauptbahnhof in ihre Mitte und stießen sie in eine schwarze Limousine.

Nach der Übergabe „an die Freunde“ von der sowjetischen Staatssicherheit wurde sie in deren zentrales Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen verlegt. Dort stellte sie per Klopfzeichen fest, dass sich in einer Nebenzelle Quade befand, der am 25. Oktober eingeliefert worden war. Quade erlitt einen Schock, hatte er doch Matschk in seinen bisherigen Verhören schwer belastet, weil er sie im Westen in Sicherheit glaubte. Nach mehr als einjähriger Untersuchungshaft in einer nassen Zelle ohne Tageslicht und unter ständigem Schlafentzug versuchte er, sich am Heiligabend 1949 in seiner Zelle zu erhängen, was jedoch misslang.

Am 19. und 20. April 1950 standen Quade, Wend und Matschk zusammen mit zwei weiteren Dresdner Sozialdemokraten im sowjetischen Gefängnis Nr. 6 an der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg vor dem Militärtribunal der sowjetischen Garnison von Berlin. Die Richter hielten sie für schuldig, als Agenten der „Schumacher-Clique“ aktive Spionage zu deren Nutzen betrieben zu haben. Darauf gab es 25 Jahre „Besserungsarbeitslager“. Elfriede Matschk schloss ihre Verteidigung mit den Worten: „Ich war noch nie eine so fanatische Sozialistin, wie ich es heute bin.“

Im Gulag leisteten die Verurteilten unter unvorstellbaren Bedingungen Zwangsarbeit, darunter in Kohlebergwerken in Workuta am Polarkreis. Um die Toten zu beerdigen, wurden dort die Gräber im Sommer auf Vorrat ausgeschachtet, denn im Winter war der gefrorene Boden wie Beton. So erinnerte sich Quade, der schwer an Hirnhautentzündung und Tuberkulose erkrankte, später. Nach dem Besuch Konrad Adenauers in Moskau und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik erlangten Wend, Quade und Matschk Ende 1955 ihre Freiheit zurück.

Während ersterer von seinen Parteigenossen im Westen mit offenen Armen empfangen und unterstützt wurde, fühlten sich Quade und Matschk im Stich gelassen. Eine öffentliche Anerkennung und nennenswerte materielle Unterstützung blieben ihnen versagt. Im öffentlichen Stadtraum Dresdens erinnert heute nichts an ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie und an den hohen Preis, den sie dafür zahlten. Die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die ein Original der nachgemachten Zeitung in ihrer Sammlung aufbewahrt, würdigt sie auf ihrem Erinnerungsportal.

■ Unser Gastautor Bert Pampel ist Historiker. Er leitet die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

web verurteiltundvergessen.de